



## Washington News

Nr. 25 vom 27. Juni 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Bedeutung der transatlantischen Handelsbeziehung thematisiert**
- **Anhörung im Repräsentantenhaus zu Mexikos Arbeitsreform**
- **Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe trübt sich ein**
- **US-Regierung fördert Entwicklung ultraleichter Werkstoffe**
- **In eigener Sache: Independence Day 4. Juli**
- **Stärkung der Buy America-Regeln**
- **Handel mit chinesischen Supercomputer Herstellern beschränkt**
- **Richtlinien zu Umweltprüfungen in Energie- und Infrastrukturprojekten**

### Diese Woche in Washington

Präsident Trump ist am Mittwoch zu seiner Reise zum G20-Gipfel in Osaka, Japan aufgebrochen. Die [Agenda](#) des Treffens der Staats- und Regierungschefs der wichtigsten Industrie- und Schwellenländer am 28. und 29. Juni umfasst die Themen Weltwirtschaft, Handel und Investitionen, Innovation, Umwelt und Energie, Beschäftigung, Stärkung der Rolle der Frauen, Entwicklung und globale Gesundheit. Im Hinblick auf die handelspolitische Auseinandersetzung zwischen den USA und China wird ein Gespräch zwischen den beiden Präsidenten Donald Trump und Xi Jinping am Samstag erwartet. Vor seiner Abreise bekräftigte Präsident Trump seine Bereitschaft, zusätzliche Zölle auf chinesische Waren im Wert von 300 Milliarden US\$ zu erheben. Darüber hinaus ist geplant, dass sich Präsident Trump mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman, dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und dem japanischen Premierminister Shinzo Abe zu Gesprächen trifft.

Die Sitzungsperiode 2018/2019 des Obersten Gerichtshof der USA endet in dieser Woche. Die neun Richter haben entschieden, den Fall zur Verfassungsmäßigkeit der Verwendung von *Section 232*-Zöllen auf Stahl- und Aluminiumimporte nicht zu überprüfen. Unterdessen zeigten sich die Senatoren und Abgeordneten weiterhin besorgt über den zunehmenden Gebrauch von *Section 232*-Untersuchungen und die dadurch begründeten Zölle. Stephanie Murphy (D-FL), Tim Kaine (D-VA) und Tom Carper (D-DE) legten entsprechende [Gesetzentwürfe](#) in beiden Kammern des Kongresses vor, um die Rolle des Kongresses an Entscheidungen über die Einführung von Zöllen zu stärken. Senator Doug Jones (D-AL) hat deutlich gemacht, dass er seine Blockade-Haltung im Senat bei dem

### Kurzmeldungen

#### In eigener Sache: Independence Day 4. Juli

Liebe Leserinnen und Leser!

Die nächste Ausgabe der Washington News (Nr. 26) erscheint am 11. Juli 2019. Unser Büro bleibt am kommenden Donnerstag (4. Juli) anlässlich des US-amerikanischen Feiertags *Independence Day* geschlossen. (rgit)

#### Stärkung der Buy America-Regeln

Senatorin Tammy Baldwin (D-WI) und Abgeordneter John Garamendi (D-CA) haben Gesetzentwürfe im Senat und im Repräsentantenhaus

Nominierungsprozess von Nazak Nikakhtar als *Assistant Secretary for Industry and Analysis* im US-Handelsministerium (DOC) so lange aufrechterhalten wolle, bis er den bislang unveröffentlichten *Section 232*-Bericht über Autos und Autoteile einsehen könnte. Frau Nikakhtar war in ihrer derzeitigen Funktion an dieser *Section 232*-Untersuchung beteiligt. (ch)

---

## Bedeutung der transatlantischen Handelsbeziehung thematisiert

Der Unterausschuss für Europapolitik im Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses hat am 26. Juni eine Anhörung zu den Auswirkungen des transatlantischen Handelskonflikts auf die US-EU-Beziehungen einberufen. Sowohl Republikaner als auch Demokraten haben die positiven Aspekte der bilateralen Beziehungen der USA und der EU, insbesondere die gegenseitige Bedeutung als Handelspartner, hervorgehoben. Darüber hinaus stehen die USA und die EU für fast die Hälfte des globalen Bruttoinlandsproduktes (BIP) und die Hälfte der globalen Direktinvestitionen. Viele Kongressabgeordnete und eingeladene Experten forderten die Trump-Administration auf, das angespannte Verhältnis mit der EU zu verbessern. Dies sei die Voraussetzung für die Klärung der entscheidenden Frage, wie mit Blick auf China transatlantisch zusammengearbeitet werden könnte.

Einige Kongressabgeordnete wiesen jedoch auch auf die Herausforderungen im Bereich der Handelspolitik hin. Laut dem führenden Republikaner im Unterausschuss Adam Kinzinger (R-IL) bestehen weiterhin Handelshemmnisse in der EU für US-Importe. Die Verwendung einer Mehrwertsteuer (VAT) kritisierte er als Subvention. Viele Republikaner beklagten zudem den Ausschluss des Bereichs der Landwirtschaft von den laufenden US-EU Verhandlungen, vor allem weil die EU zahlreiche Handelshemmnisse in diesem Bereich eingeführt hätte.

Währenddessen erneuerte Präsident Trump seine deutliche Enttäuschung gegenüber der EU. Sie habe in Bezug auf die USA schwerwiegendere Handelshemmnisse als die chinesische Regierung eingerichtet. (ch)

---

## Anhörung im Repräsentantenhaus zu Mexikos Arbeitsreform

Am 25. Juni fand eine [Anhörung](#) des Handelsunterausschusses des *House Ways and Means Committee* mit Vertretern von der Gewerkschaft *AFL-CIO* sowie amerikanischer und mexikanischer Universitäten zum Thema Arbeitsmarktreform in Mexiko im Rahmen des USMCA-Abkommens statt. Im Mittelpunkt stand die Frage, inwieweit die mexikanische Regierung die im Mai für das USMCA verabschiedeten Arbeitsmarktreformen umsetzen wird. Bei den Demokraten besteht weiterhin die Sorge, dass die systematische Überprüfung dieser Umsetzung im USMCA nicht vollständig gewährleistet sei. Der Vorsitzende des Unterausschusses Earl Blumenauer (D-OR) bezweifelte in der Sitzung, dass das System der Streitbeilegung zwischen den

eingereicht, um die „Buy America“-Regeln zu stärken. Der [Made in America Act](#) würde Förderprogramme zu Infrastrukturprojekten der US-Bundesregierung identifizieren, für die derzeit keine *Buy America*-Anforderungen gelten. Die Baumaterialien für diese Projekte – einschließlich Stahl, Eisen und Aluminium – müssten in den USA hergestellt werden.

Diese Gesetzesentwürfe basieren auf einer [Studie](#) des *Government Accountability Office* (GAO), die sich mit der Vergabe öffentlicher Aufträge befasst. GAO untersuchte zu welchem Ausmaß Aufträge der öffentlichen Hand in den USA sowie in sechs Vertragspartnern des WTO GPA und des NAFTA-Abkommens an ausländische Unternehmen vergeben wurden. (ch)

---

## Handel mit chinesischen Supercomputerherstellern beschränkt

Das US-Handelsministerium (DOC) hat am Montag den chinesischen Superrechner-Hersteller *Sugon*, dessen drei Tochterfirmen sowie das Forschungsinstitut *Wuxi Jiangnan Institute of Computing Technology* auf die „Entity-List“ des DOC [gesetzt](#). Die Aufnahme ist mit Handelsbeschränkungen verbunden und erfordert

Staaten (*state to state dispute settlement*) im gegenwärtigen Verhandlungstext ein wirkungsvolles Instrument sei, auf mögliche Nichteinhaltung der Reformzusagen zu reagieren.

Eine oft geäußerte Forderung der Demokraten ist, dass das USMCA das Zustandekommen von Streitbeilegungsgremien sicherstellen müsse und dies nicht – wie unter dem NAFTA-Abkommen – blockiert werden dürfe. Der führende Republikaner des Unterausschusses Vern Buchanan (R-FL) hielt dem grundsätzlich entgegen, dass Mexikos Verabschiedung der Arbeitsmarktreformen und der von der mexikanischen Regierung vorgelegte 4-Jahres-Plan zur Umsetzung der Reformen ein positives Signal dafür sei, dass Mexiko die USMCA-Verpflichtungen ernst nehmen wolle.

Der Faktor Zeit scheint sich zwischen Demokraten und den Republikanern zu einem Konfliktfeld herauszukristallisieren. So zeigte sich der Abgeordnete Buchanan sehr besorgt, dass der Schaden für die US-Wirtschaft und für den US-Arbeitsmarkt größer werde, je länger die USA das USMCA nicht ratifizieren würden. Der demokratische Abgeordnete Blumenauer sieht allerdings wenig Spielraum für eine Abstimmung über das USMCA im Kongress, bevor die geäußerten Sorgen der Demokraten nicht gründlich ausgeräumt werden – auch wenn dies mit zeitlichem Aufwand verbunden sei. (kw)

---

## Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe trübt sich ein

Die *National Association for Manufacturers* (NAM) veröffentlichte am 21. Juni 2019 die Ergebnisse ihrer Umfrage [\*Manufacturers' Outlook Survey\*](#) für das zweite Quartal 2019. Die Umfrage zeigt zum ersten Mal seit neun aufeinanderfolgenden Quartalen, dass die Hersteller im verarbeiteten Gewerbe angesichts globaler Handelsunsicherheiten und einer sich verlangsamten Weltkonjunktur weniger optimistisch in die Zukunft blicken. Während im ersten Quartal 2019 noch fast 90% der befragten Unternehmen positive Geschäftsaussichten angaben, bewerteten nun nur noch 79,8% ihre geschäftliche Zukunft als „sehr“ oder „ein Stück weit“ positiv. Die von 689 NAM-Mitgliedern beantwortete Umfrage wurde vor dem Hintergrund der von Präsident Trump angedrohten US-Zölle auf mexikanische Waren, des bestehenden Risikos der Erhebung von *Section 232*-Zölle auf Autoimporte sowie der andauernden Diskussion über das USMCA-Abkommen durchgeführt.

Als größte Herausforderung nannten die Hersteller des verarbeitenden Gewerbes den Fachkräftemangel (68,8%), vor allem die Schwierigkeit Facharbeiter anzuwerben und diese langfristig zu halten. Eine Mehrheit von 56% ist über die Handelsunsicherheiten durch eingeführte und vorgeschlagene Zölle sowie den unklaren Ausgang der Verhandlungen zu Freihandelsabkommen besorgt. Fast die Hälfte (46,4%) der Hersteller nennt zudem gestiegene Rohstoffpreise als eines ihrer größten Probleme.

Chad Moutrey, leitender Ökonom der NAM-Umfrage, teilte mit, dass der Optimismus der Unternehmen zwar nach wie vor groß sei, man aber nicht übersehen könne, dass die

Sondergenehmigungen für US-Unternehmen, die mit diesen Firmen Handel treiben wollen.

Das Ministerium teilte mit, die Firmen und das Forschungsinstitut trieben maßgeblich Chinas Entwicklung des leistungsstarken Exascale-Computing an und handelten aufgrund ihrer Verbindungen zum chinesischen Militär, welches das Forschungsinstitut unterhalte und die Hochleistungsrechner für Simulationen von Nukleartests benutze, gegen die nationale Sicherheit und außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten. (vm)

---

## Umweltrichtlinien in Energie- und Infrastrukturprojekten

Der [\*Council on Environmental Quality\*](#) (CEQ) im Weißen Haus hat einen Entwurf für neue Richtlinien vorgelegt, die die Anforderungen zum Nachweis von Emissionen bei Energie- und Infrastrukturprojekten lockern sollen. Gemäß der Richtlinien der Obama-Administration mussten US-Behörden bisher die voraussichtlichen Treibhausgasemissionen für Energie- und Infrastrukturprojekte in Umweltfolgenabschätzungen einkalkulieren. Die Behörden mussten zudem alternative Maßnahmen in Betracht ziehen, um die Klimaauswirkungen eines Projekts zu

bestehende Unsicherheit den Herstellern Sorgen bereite. Bei gleichbleibenden Voraussetzungen erwarte er zudem nur dann eine Verbesserung der Werte, wenn das USMCA-Abkommen verabschiedet werde, die Bedrohung der 232-Autozölle entfallende und die USA den Handelskonflikt mit China beilege. (vm)

## US-Regierung fördert Entwicklung ultraleichter Werkstoffe

### Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Regierung und Wirtschaft in den USA ziehen an einem Strang, wenn es um die Entwicklung ultraleichter Materialien geht - Zukunftsprodukte entstehen.

Das US-Energieministerium (U.S. Department of Energy, DOE) spielt als staatliche Förder- und Koordinierungsstelle in der modernen Materialforschung eine wichtige Rolle. Zur Entwicklung leichter und ultraleichter Werkstoffe ruft das DOE staatlich-private Initiativen ins Leben, fördert den Zusammenschluss privater und öffentlicher Forschungskapazitäten zu Konsortien und vergibt Forschungsgelder an öffentliche und private Universitäten sowie Entwicklungslabors.

Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)

minimieren.

Der CEQ-Entwurf sieht vor, dass Behörden mögliche Treibhausgasemissionen nur dann berücksichtigen müssen, wenn sie einen klaren Kausalzusammenhang zwischen einem Projekt und höheren Emissionen feststellen. Die Behörden können sich auch dafür entscheiden, die Klimaauswirkungen eines Projekts nicht zu bewerten, wenn sie dies für zu spekulativ halten. Laut der CEQ-Vorsitzenden Mary Neumayr würden die neuen Richtlinien den Bau großer Energie- und Infrastrukturprojekte in den USA beschleunigen. (ch)



**Audi**



**Lufthansa**



**EVONIK**  
POWER TO CREATE

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wirtschaft  
und Energie

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

#### Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

[publications@rgit-usa.com](mailto:publications@rgit-usa.com)

**Redaktion:**

Daniel Andrich

Die Washington News  
erscheinen wöchentlich  
und berichten über aktuelle  
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by  
copyright law of the United States

---

**DISCLAIMER**

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

**For German trade and investment visit**  
**[www.germanbusinessmatters.com](http://www.germanbusinessmatters.com)**

